

DSTG Thüringen ° Dittelstedter Grenze° 99099 Erfurt °

Geschäftsstelle:  
Dittelstedter Grenze 3  
99099 Erfurt

An die  
Thüringer Finanzministerin  
Frau Heike Taubert  
Ludwig-Erhard-Ring 7  
99099 Erfurt

www.dstg-th.de  
dstg.th@gmail.com  
Telefon: 0361 2658830  
Fax: 0361 2658831

Erfurt, den 07.08.2024

Sehr geehrte Frau Ministerin Taubert,

zunehmend erreichen die DSTG Thüringen Anfragen über die in Rede stehenden Veränderungen im Betriebsprüfungs- und Körperschaftssteuerbereich der Finanzämter.

Sowohl Bedienstete als auch Bürger fühlen sich zunehmend allein gelassen in einer Welt der steigenden Digitalisierung und wachsender, kaum noch verständlicher gesetzlicher Regelungen. Wie kommen Bürger und Bedienstete zusammen zur Klärung komplizierter Sachverhalte? Wo kann ein Bürger Aufklärung und Hilfe im Gesetzesdschungel bekommen, wenn das zuständige Finanzamt kilometerweit entfernt ist, die telefonische Kommunikation eine Herausforderung darstellt und die Internetverbindung instabil ist? Wie definiert die Landesregierung hier Bürgernähe und Service am Bürger? Welches Konzept hält die Landesregierung bereit, um Bürger über ihre steuerlichen Pflichten aufzuklären und diese auch durchzusetzen?

Bereits jedes dritte Unternehmen plant die Verlagerung ins Ausland. Neben den hohen Energie- und Arbeitskosten wird auch die wachsende Bürokratie als ein entscheidender Faktor genannt. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung, um dem entgegenzuwirken? Ist eine erneute Zentralisierung der Finanzämter die richtige Antwort? Lange Wege, die Unterbindung persönlicher Kontakte und eine Dauerschleife in der Telefonhotline können kaum Bürgernähe bedeuten.

Die Thüringer Finanzämter Sonneberg und Suhl werden zum 1. September 2024 zum neu errichteten Finanzamt Südthüringen zusammengeführt.

Für uns als Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG) stellt sich daher die entscheidende Frage: Wie geht es weiter mit den verbleibenden Finanzämtern in Thüringen?

Machen wir uns nichts vor, die Zensusserhebungen und die demografischen Entwicklungen zeigen eindeutig, dass die Einwohnerzahlen rückläufig sind und gut laufende Unternehmen Schwierigkeiten haben, geeignete Nachfolger zu finden.

Was nun? Ist es sinnvoll, Ämter in den Industrieballungszentren zu zentralisieren? Diese Entscheidung würde für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen längere Anfahrtswege, höhere Mietkosten und weniger Zeit für die Familie bedeuten. Sollten wir nicht, in einem so kleinteiligen Bundesland wie Thüringen, auch Regionen ohne starke industrielle Präsenz als Standorte für Behörden erhalten? Dies würde dazu beitragen, die Wege für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen kurz zu halten, die Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu gewährleisten und den Kolleginnen und Kollegen ein besseres Gleichgewicht zwischen Beruf und Familie zu ermöglichen.

Bereits jetzt ziehen wir im Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte häufig den Kürzeren, da die Finanzverwaltung es in den letzten Einstellungsjahren kaum geschafft hat, alle zur Verfügung stehenden Ausbildungs- und Studienplätze zu besetzen. Daneben beklagen wir Abgänge des vorhandenen Personals in andere Ressorts oder die freie Wirtschaft.

Eine weitere Zentralisierung der Finanzamtsstandorte würde die Attraktivität des Freistaats als Arbeitgeber nicht erhöhen.

Wir wenden uns daher klar und deutlich an die bisherige Thüringer Landesregierung, das Finanzministerium sowie an die Parteien, die sich um die Wahl einer neuen Thüringer Landesregierung bewerben: Wie sieht Ihre Vision für die Thüringer Finanzverwaltung aus? Wie wollen Sie den ländlichen Raum stärken und erhalten? Wo sehen Sie die Wertschöpfung bei möglichen Zentralisierungen der Thüringer Steuerverwaltung in den Industrieballungszentren?

Mit freundlichen Grüßen



Nicole Siebert  
Landesvorsitzende